

Sicherheit durch Effizienz und Evidenz, statt Kontrollverlust durch Generalverdacht und Ideologie - für ein faktenbasiertes Waffengesetz

Die FDP NRW lehnt mögliche Verschärfungen des Waffengesetzes ab. Die von der Bundesinnenministerin Anfang des Jahres vorgestellten Änderungen betreffen ausschließlich den legalen Waffenbesitz, während sie gänzlich ungeeignet sind den illegalen Waffenbesitz zu bekämpfen, geschweige denn kriminelle Handlungen, unter Verwendung von Schusswaffen, zu verhindern.

Stattdessen fordern wir eine Evaluation und eine Entschlackung des Waffengesetzes, des Beschussgesetzes, sowie der zugehörigen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften. Das derzeitige deutsche Waffenrecht, bestehend aus WaffG, BeschG, AWaffV, WaffVwV und BeschussV, gilt als eine der restriktivsten Waffengesetzgebungen weltweit. Restriktiv ist jedoch nicht gleichbedeutend mit effizient oder sinnvoll. Die restriktivsten Regelungen sind sinnlos, wenn sie nicht angewendet werden können. Zudem sind sie ineffizient bis kontraproduktiv, wenn sie derart mit bürokratischen Vorgaben überladen sind, dass die aktuellen Regelungen, hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit, Effizienz und Effektivität, geprüft werden. Dazu ist es notwendig, dass neue Deliktsschlüssel, in Bezug auf Verstöße gegen das Waffengesetz, geschaffen werden und in den Kriminalstatistiken wieder zwischen Taten mit Waffen aus legalem und illegalem Besitz unterschieden wird.

Zusätzlich muss die Kommunikation zwischen den einzelnen Behörden verbessert werden. An allen Stellen an denen Regelungen nicht der nachweislichen Verbesserung der inneren Sicherheit dienen, gleichzeitig jedoch monetäre und personelle Ressourcen der Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden binden, ist der Regelungsbedarf anhand des europäischen Konsenses, der EU-Feuernrichtlinie, neu zu bemessen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass nicht nur die EU-Richtlinie 1:1 umgesetzt wird, was zu mehr Rechtssicherheit innerhalb der EU führt, sondern gleichzeitig auch die Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden entlastet werden, um die Durchsetzung geltenden Rechts und die Bekämpfung des illegalen Waffenhandels zu verbessern.